

Bürgerinformation

Sozialdemokratische Zeitung für die Gemeinde Salzbergen

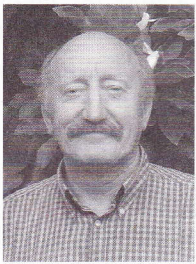
28. Jahrgang

83. Ausgabe

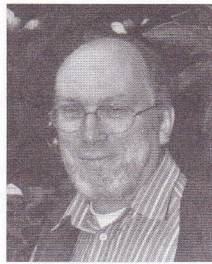
September 2002

Wir stellen vor:

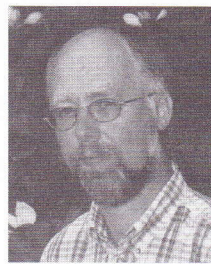
Die SPD-Ratsmitglieder in Salzbergen



Willi Jansen (55)
Kriminalhauptkommissar
Tannenweg 12
Kreistagsabgeordneter
Ratsfraktionsvorsitzender



Winfried Furch (59)
Dipl.-Ing. Projektmanager
Tannenweg 9
Stellvertretender
Ratsfraktionsvorsitzender



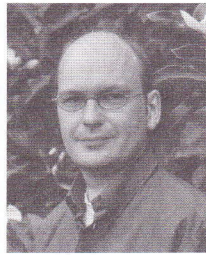
Karl-H. Winnemöller (54)
Lehrer
Winkelweg 8
Stellvertretender
Ratsfraktionsvorsitzender



Christine Flege (51)
Ing. Architektin
Tannenweg 1
Ratsmitglied



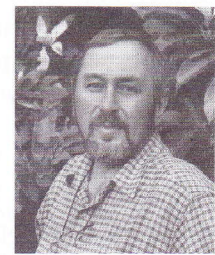
Martin Scholz (36)
Dipl.-Chemieingenieur
Iltisweg 17
Ratsmitglied



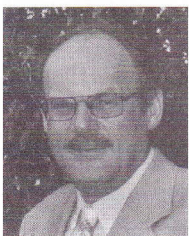
Klaus Gödde (36)
Dipl.-Mathematiker
Lerchenweg 1
Ratsmitglied



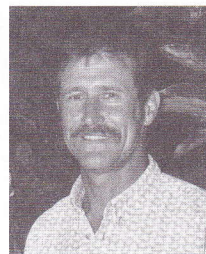
Dieter Mahl (40)
Polizeikommissar
G.-Hauptmann-Str. 28
Ratsmitglied



Günther Zahlten (54)
Elektriker
Am Bahndamm 24
Ratsmitglied



Norbert Zwartjes (51)
Verkaufsleiter
Steider Strasse 58
Ortsratsmitglied
Steide



Jürgen Schöttler (46)
Polizeihauptmeister im BGS
Holstener Weg 15
Ortsratsmitglied
Holsten-Bexten



Thomas Busch (33)
Polizeiobermeister
Haferkamp4
Ortsratsmitglied
Holsten-Bexten

**Wir sind
immer
für Sie da!**



Am 22. September: Schröder wählen!

SPD: Klares Bekenntnis zur Windenergie - CDU doppelzüngig

Die Windenergie sichert Salzbergener Arbeitsplätze und füllt Gemeindekasse

Von Karl-Heinz Winnemöller

Wie der Titel dieses Beitrages klarmacht, hat „der Wind“ im Jahr 2001 sehr viel Geld in die Gemeindekasse „geblasen“, denn seine Nutzung zur Energieerzeugung durch Windkraftanlagen „boomte“ im vergangenen Jahr und füllte nicht nur die Kassen von (damals) ENRON, sondern auch das „Gemeindesäckel“.

Im Jahr 2002 hat und soll sich noch manches ändern. Das Verhalten von Managern des ENRON-Konzerns sorgte dafür, dass auch das Salzbergener Werk einen anderen Besitzer finden mußte. Der amerikanische Großkonzern General Electric übernahm den Betrieb, der sich nun „GE Wind Energy, Germany“ nennt. Dank des Förderprogrammes der rot-grünen Bundesregierung sind die Auftragsbücher prall gefüllt und da die Produktion und Wartung von Windkraftanlagen sehr personalintensiv ist, wird eine Aufstockung um ca. 200 weitere Arbeitsplätze auf dann 780 Arbeitnehmer angestrebt.

Dieses Unternehmen war in diesem Jahr Ziel von politischen Besuchergruppen, die sich erfreut über die Unternehmensentwicklung in Holsterfeld äußerten. Nur gab es da einen kleinen, aber wichtigen Unterschied. Während die hochrangige CDU-Gruppe, u.a. MdB Dr. Kues und MdL Rolfes, ihr Interesse an einer Spartenerweiterung von GE Energy Wind in Holsterfeld kundtat und nichts zur Zukunft der Windenergie in der Bundesrepublik Deutschland äußerte, sprach die Kreistagsfraktion der SPD die Problematik der Förderung offen an.

Dass hier ein gewaltiger Unterschied zwischen den Parteien besteht, konnte jeder Leser der „Lingener Tagespost“ am Montag, den 8. Juli 2002 erfahren. Der umweltpolitische Sprecher der CDU, Kurt-Dieter Grill, forderte dort die Beendigung der Subventionierung der Windkraft, z.B. durch garantierte Abnahmepreise. Was dieses für den Standort Salzbergen bedeuten würde, kann sich jeder denken.

Wer es für selbstverständlich hält, dass es bei der Sicherung der Nahrungsversorgung staatliche Hilfen gibt (Landwirtschaft), der muß dieses auch im Energiesektor befürworten. Oder will die CDU ihre Aussagen nach der Verkündung des Ausstieges aus der Kernenergie umsetzen, dass sie diesen wieder rückgängig machen würde? Wir brauchen den Einstieg in die umweltverträglichen Energien Wind, Wasser und Sonne, diese stehen uns zur Verfügung. Noch besser ist es dann, wenn wir auch noch wirtschaftlich davon profitieren. Ein Werk, das neue Arbeitsplätze von hohem Standard

anbietet, sollte die Unterstützung aller Salzbergener Politiker finden. Willi Jansen hat dieses im Kreistag schon getan. Wann wird die örtliche CDU sich dazu durchringen und dafür sorgen, dass ihre politischen Vordenker sich von ihrer alten Vorliebe, der Atomenergie, trennen und den nachhaltigen Energiekonzepten Platz in ihrem Weltbild einräumen. Welche Folgen diese „alte Energieerzeugung“ haben kann, erleben jedes Jahr Salzbergener Familien, die Gastkindern aus Weißrußland Ferien anbieten.

Ein erster Schritt in diese Richtung scheint der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Chr. Wulff bei seinem Besuch von GE Wind Energy (LT 15.8.2002) getan zu haben, als er davon sprach, dass „Die Windenergie das Kind der CDU ist ...“. Alle Eltern wissen aber, man muß die Kinder fördern, sonst bleiben ihre Begabungen ungenutzt. Herr Wulff sollte sich dringend mit Herrn Grill unterhalten. Aber vielleicht ist das ganze nur Wahlkampf und da spricht jeder seine spezielle Gruppe an. Salzbergen muß sich zur Windenergie bekennen und selber Standort von Windkraftanlagen sein. Es genügt nicht nur ein Windpark als „Feigenblatt“. Es muß sichtbar werden, dass bei uns diese Anlagen gebaut werden. Ich lebe lieber in einer Gemeinde, die man zuerst mit Windkraftanlagen verbindet und nicht mit der Müllverbrennungsanlage. Ein Hinweis: Wer den Bau der MVA mit dem Hinweis auf die Sicherung der Arbeitsplätze in der Raffinerie unterstützte, der muß sich für eine weitere Förderung der Windenergie stark machen, da durch sie noch mehr Arbeitsplätze gesichert werden.

Zum Schluß möchte ich den Hamburger Klimaforscher Mojib Latif zitieren: „Es ist billiger, jetzt alternative Energien zu fördern, als im Jahr 2050 pausenlos Gewitterschäden zu beseitigen.“ (Münsterländische Volkszeitung, 16.7.2002) Die Hochwasserfluten an Donau und Elbe haben seine Aussagen schon nach sehr kurzer Zeit bestätigt.

Warnung:

Die Bundes-CDU will die Förderung der Windenergie zurückfahren: Das ist ein hohes Risiko für den Windkraftstandort Salzbergen und damit für die Arbeitsplätze bei GE Energy und bei SSB. Beide Firmen profitieren erheblich von der staatlichen Förderung.

Bau der MVA hat begonnen – Probleme werden kommen

MVA in Salzbergen - Und alles wird gut?

Von Martin Scholz

Hoch hinaus...

Jeder kann es bereits jetzt erkennen – das neue Wahrzeichen von Salzbergen, die künftige Müllverbrennungsanlage (MVA) auf dem Gelände der Erdölraffinerie ist von weitem zu sehen. Bereits seit Ende Mai, als sich u. a. die Bürgermeisterin und der Gemeindedirektor freudestrahlend am 1. Spatenstich beteiligten, wächst das Ungetüm.

Auch wenn es unglaublich klingt, der Bau erfolgt nach wie vor weitgehend auf eigenes Risiko. Das heißt, es gibt noch keine allumfassende Genehmigung, eine Verhandlung der noch offenen Verfahren beim Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht hat nach wie vor noch nicht stattgefunden. Nur man muss hier eins bedenken, es werden hier Tatsachen geschaffen. Je weiter der Bau vorangeschritten ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass ein Rückbau jemals von einem Richter angeordnet wird. Die geplante Laufzeit der Verbrennungsanlage beträgt mindestens 30 Jahre.

Wie alles begann...

Bereits 1995 wurde versucht, in Salzbergen den Bau einer MVA durchzusetzen. Dieses ist aus unterschiedlichen Gründen gescheitert, insbesondere weil es sich hier nicht um eine rein privat finanzierte Anlage gehandelt hat. Die Verbrennungskapazität sollte 400 000 Tonnen pro Jahr betragen. Deshalb hat man sich für den zweiten Versuch beraten lassen und den Salzbergenern mit scheinbar guten Argumenten Sand in die Augen gestreut.

Nachfolgend ist nur ein kleiner Auszug aus Unwahrheiten und leeren Versprechungen:

„Die Arbeitsplätze bei der Raffinerie werden sicherer, weil die Energiekosten sinken, da nicht mehr das teure Schweröl von der weit entfernten Küste nach Salzbergen transportiert werden muss.“

Wer dies glaubt, muss leider enttäuscht werden, denn von 14 in Deutschland betriebenen Raffinerien liegen 8 südlich von Salzbergen und die kommen auch ohne MVA ganz gut klar. Nicht die Arbeitsplätze werden sicherer, sondern die Gewinne einiger weniger werden steigen.

„Der Müll wird zu 50 % per Bahn antransportiert; gleiches gilt für das eine Drittel, was als Verbrennungsrückstand übrigbleibt und wieder abtransportiert werden muss.“

Von diesen 50 % dürften nach aktuellem Stand 0 % übrigbleiben...

„Die geplante MVA ist so gut, dass sie sogar die vorgegebenen Grenzwerte unterschreitet. Deshalb wird diese sogar vom Umweltbundesamt gefördert.“ Tatsache ist, dass in Salzbergen eine MVA entstehen soll, die mehr oder weniger gerade

mal die gesetzlichen Vorgaben erfüllt – mehr nicht. Bei einer modernen Anlage mit verbesserter Rauchgasreinigungstechnik würden zum Teil nur 1/10 der Schadstoffmengen freigesetzt werden. Das heißt viele Schadstoffe, die woanders in 10 Jahren aus dem Schornstein kommen, werden hier in einem Jahr herausgepustet! Die behauptete Förderung durch das Umweltbundesamt ist mehr als fraglich, da es sich bei der genannten Studie offensichtlich nur um einen Vergleich von Techniken zur Mineralölverarbeitung handelt. Die Kraftwerke wurden ausdrücklich nicht erfasst!

Zusätzliche Bodenuntersuchungen – CDU lehnte ab

Im Vorfeld des Baubeginns der MVA wurden auf dem Gelände der Erdölraffinerie Baustrassen errichtet. Hierbei fielen grosse Mengen an Bodenaushub an, der in den werkseigenen Laboren der Schmierstoffraffinerie untersucht worden ist. Dieses Vorgehen hat der Landkreis Emsland als zuständige Untere Abfallwirtschaftsbehörde genehmigt und somit gelangte auch belasteter Boden, der nicht augenscheinlich aufgefallen war, als Abdeckschicht auf die in Salzbergen-Hummeldorf bereits stillgelegte Bauschuttdeponie. Dies hätte so nicht erfolgen dürfen.

Damit der Teil des Bodenaushubes, der beim Ausschachten für die Fundamente und des Müllbunkers der eigentlichen MVA dann ausreichend untersucht wird, wurde diesbezüglich ein Antrag für den Rat gestellt. Dieser beinhaltete die Forderung nach einer unabhängigen und fachmännischen Probenahme und der anschließenden Untersuchung der Bodenproben in einem unabhängigen Untersuchungslabor.

Dies hat die CDU-Fraktion abgelehnt und einen Gegenantrag gestellt, der dem Vorschlag der anwesenden Vertreter des Landkreises Emsland entsprach, wonach immer ein Gutachter immer vor Ort sein müsse. Die eigentlichen Kernforderungen wurden jedoch somit vollkommen verwässert.

Im Übrigen....

gegen den Widerstand der politischen Mehrheit vor Ort ist der Bau einer MVA nicht durchsetzbar. Zumindest ist es ein starkes Druckmittel zur Realisierung grosser Verbesserungen. Die CDU vor Ort hätte dies sicher nie gewagt, da der grosse Bruder (Landkreis Emsland) gerne seinen Müll in Salzbergen verbrennen lassen wollte. Das heisst man befand sich in einer Zwickmühle oder anders ausgedrückt, man hat sich nicht für die Mehrheit der Salzbergener Bürger (>83%), die gegen eine MVA sind eingesetzt, sondern hat einen Eiertanz vollzogen, der noch lange andauern wird. Das immer wieder vorgeschobene Argument mit den Arbeitsplätzen greift hier nicht. Es ist unfair und verwischt die Tatsachen. Tatsache ist, dass durch die MVA in Salzbergen viel mehr Arbeitsplätze gar nicht erst entstehen werden.

Schönen Dank – das nennt man bürgernah.

Abriß der Parkpalette am Bahnhof steht bevor

Die vor etwa zwanzig Jahren für ca. 250.000 DM erbaute „Parkpalette“ am Bahnhof wurde durch die Ratsmehrheit nach Auffassung der SPD-Fraktion „unter Wert“ verkauft. Das Bauungetüm soll nach dem Willen des neuen Inhabers abgerissen werden. An der Stelle wird dann –so dessen Absicht– ein Wohn- und Geschäftshaus entstehen. Damit ist ein weiteres Kapitel Salzbergener „Glanzpolitik“ abgeschlossen. Vor ca. 25 Jahren wurde gegen den Widerstand der damals noch kleinen SPD-Fraktion die Villa Diecks abgerissen. Der einzigen

historischen Bauzeile, die der Krieg der Gemeinde noch übriggelassen hatte, wurde eine tiefe Wunde gerissen. Diesem Abriß der schönen Villa folgte der Bau der sogenannten Parkpalette. Dieses Ungetüm wurde nie richtig genutzt; es war eine Verschwendung von Steuergeldern. Mit dem Verkauf der Parkpalette wurde nunmehr durch die Ratsmehrheit eingestanden, daß ihre eigene Politik verfehlt war. Auslöffeln müssen diese Suppe die Bürger. (wj)

Altes Gasthaus Schütte: Ein teures Dauerproblem

Die Gemeinde Salzbergen ist über einen von der CDU beschlossenen Erbpachtvertrag bis zum Jahre 2046 quasi Eigentümer des „Alten Gasthauses Schütte“. Der Vertrag beinhaltet die Klausel, daß das Objekt immer als Gaststätte zu nutzen ist. Ferner muß es ständig in einem betriebsbereiten Zustand gehalten werden, damit es schließlich im Jahre 2046 den Erbpachtgebern zurückgegeben werden kann. Bisher hat sich dieser Vertrag als ein Millionengrab für die Salzbergener Steuerzahler erwiesen. Der monatliche Erbpachtzins übersteigt

bei weitem die Einkünfte aus den Mieten, die die ständig wechselnden Wirte zu zahlen bereit (oder in der Lage) sind. Ferner mußte die Gemeinde immer wieder für aufwendige Umbauten und Ausstattungen zahlen. Nachdem der letzte Wirt ebenfalls –wie viele andere vor ihm– gescheitert ist, hat die CDU einen neuen Versuch gestartet. Ab dem 1. Oktober 2002 folgt der nächste Wirt. Die SPD Salzbergen lehnt die Verträge über die Vermietung der Gaststätte ab. Sie will eine völlige Nutzungsänderung, um endlich aus der Geldvernichtungsmaschinerie herauszukommen. (wj)

Am 22. September: Schröder wählen.



Salzbergen ändert sich

Wer im Herbst dieses Jahres erstmalig wieder nach Salzbergen kommt, der wird einige Veränderungen im Ortsbild feststellen.

Der Kirchturm präsentiert sich wie in der Vorkriegszeit und wie man nur auf alten Bildern sehen konnte. Das Feuerwehrgebäude ist eine Bereicherung der Gemeinde und eine sinnvolle Investition für die Zukunft und die Sicherheit der Bürger und der Frauen und Männer der Freiwilligen Feuerwehr. Das Gemeindezentrum wurde wieder funktionstüchtig und bietet Jugendlichen und Bürgern Platz für Zusammenkünfte aller Art. Der SVA Salzbergen kann seinen Fußballern und ihren Kontrahenten in einem schönen Gebäude gute Umkleidekabinen anbieten. Am Bruchweg entsteht ein Gebäude, an dem sich die Geister scheiden, das aber das Gesamtbild der Gemeinde mitbestimmen wird, die MVA. Es hat sich also einiges in Salzbergen getan und tut sich noch. Wir mögen es begrüßen oder ablehnen, es ist unsere Gemeinde, wir können und müssen sie mitgestalten. (khw)

**Salzbergener wählen
SPD, weil die Windkraft*
unsere Arbeitsplätze
in zwei Großbetrieben
sichert und,
weil sie Geld ins
Gemeindesäckel bläst!**

***Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die staatliche Förderung der Windenergie deutlich zurückfahren.**

Quelle: Kurt-Dieter Grill, CDU-MdB und
umweltpolitischer Sprecher der Union

Umweltpolitik der CDU: Mal hü, mal hott

Erinnert euch an meine Worte

Von Karl-Heinz Winnemöller

Den Titel dieses Textes haben alle irgendwann einmal gehört, und zwar meistens dann, wenn irgendein Zeitgenosse auf bestimmte Folgen hinweisen oder vor diesen warnen wollte.

Bei der Bundestagswahl sollten die Wählerinnen und Wähler sich auch an bestimmte Worte und Aussagen der Kandidaten erinnern.

Versprochen – gebrochen, diesen Vorwurf machen augenblicklich Unionspolitiker dem Bundeskanzler mit dem Hinweis auf die Zahl der Arbeitslosen. Niemand ärgert sich mehr darüber als die SPD und der Kanzler. Nicht weil er leichtsinnig von 3,5 Millionen Arbeitslosen gesprochen hat, sondern weil es ihm nicht gelang, die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 300.000 zu senken. Jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zuviel. Neue Arbeitsplätze müssen geschaffen werden. Dieses ist aber die Aufgabe der Arbeitgeber, die Regierung kann nur die Rahmenbedingungen beeinflussen.

Wie sieht es denn da mit den Worten des Kanzlerkandidaten Stoiber aus?

Auch in Bayern werden Arbeitnehmer freigestellt, die neue Umschreibung von „entlassen“. Man denke nur an Siemens, die Maxhütte u.a.m.

Was sagte Herr Stoiber nach dem Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie? Die Union wird diesen Beschluß rückgängig machen, wenn sie wieder die Regierung innehat. In der Zeit der Hochwasserflut der Elbe wiesen Unionsmitglieder auf die Vorteile der Kernenergie im Bereich des CO₂-Ausstoßes hin und forderten die Rückkehr zu dieser Energieerzeugung. Die CDU-Vorsitzende Merkel hat in der ARD diesem widersprochen und auf den Ausstiegsbeschluß hingewiesen.

Was meinte Herr Schäuble, von Herrn Stoiber ins „Kompetenzteam“ berufen, zu den ablehnenden Worten des Bundeskanzlers zu einem Präventivkrieg gegen den Irak sagen zu müssen? Deutschland ist aus Bündnistreue verpflichtet, die Pläne des amerikanischen Präsidenten zu unterstützen. Herr Stoiber hat inzwischen sich davon distanziert und auf die UNO verwiesen.

Das Tariftreuegesetz ist der Unionsführung „ein Dorn im Auge“, sie möchte den Unternehmern dort „freie Hand“ geben und damit Arbeitsplätze schaffen, die den betroffenen Arbeitern nur geringe Einkünfte sichern. Hier gab es noch kein Dementi.

Einen weiteren Widerspruch hört man im benachbarten Münsterland, dort fordern alle Direktkandidaten der CDU den Ausbau des Busverkehrs und die Ablehnung des Transrapid (dort: Metrorapid). Gleichzeitig fordert die Bayrische Staatsregierung unter Herrn Stoiber die gleichen Fördermittel ein, die in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden sollen, damit man in Bayern die gleiche Technik einsetzen kann.

Wer also will, dass Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, keine Soldaten in den Irak schickt, den Arbeitern vernünftige Mindestlöhne gezahlt werden und neue Technologien bei uns eine Chance erhalten, der muß die SPD und ihren Bundeskanzler Gerhard Schröder am 22. September 2002 wählen. Die Union ist in diesen Dingen „mal hü und mal hott“.

Wichtige Funktionen im Kreistag:

Willi Jansen Vorsitzender des Kreisschulausschusses

Seit 1976 ist Willi Jansen (SPD) ununterbrochen Mitglied des Kreistages und vertritt dort seit dieser Zeit mit großem Engagement die Interessen der Gemeinde Salzbergen und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Bei der Kreistagswahl im vergangenen Herbst erreichte er emslandweit die zweitmeisten SPD-Stimmen. In der Wahlperiode von 1996 bis 2001 gehörte er -als erster Salzbergener seit Gründung des Großkreises überhaupt- dem einflußreichen Kreisausschuß an.

In dieser Wahlperiode übernahm Jansen die Leitung des größten Kreistagsausschusses: Er wurde Vorsitzender des Schulausschusses. Auch eine solche oder ähnliche Führungsposition hatte zuvor noch nie ein Salzbergener im Kreistag Emsland inne.

Des weiteren ist Willi Jansen Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Emsland und der Sparkassenstiftung. Ferner gehört er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender dem geschäftsführenden Vorstand der emsländischen SPD-Kreistagsfraktion an.

In Salzbergen ist er weiterhin Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion.

Wahl veränderte Verwaltungsausschuß:

SPD rang CDU Mandat ab

Das Ergebnis der Wahlen vom Herbst 2001 veränderte den wichtigen Verwaltungsausschuß der Gemeinde Salzbergen: Die CDU hat nur noch vier Sitze; sie verlor einen an die SPD, die nun über drei

Mandate verfügt. Mitglieder dieses

Gemeindeorgans sind für die SPD Willi Jansen, Karl-Heinz Winnemöller und Günther Zahlten.

Kanzlerkandidat Stoibers Wahrheiten

Der CDU/CSU-Kandidat und seine Lauterkeit – Einige Beispiele

Der Kandidat behauptet:

„Beim Abbau der Arbeitslosigkeit sind wir international in Europa Schlusslicht“, Bild am Sonntag am 7.7.2002.

Richtig ist:

Unter Gerhard Schröder ist die Arbeitslosenquote in Deutschland laut Eurostat von 9,3% (1998) auf 7,9% (2001) gesunken (Eurozonen-Durchschnitt: -2,1%-Punkte), stärker als in Großbritannien (-1,2% Punkte), Dänemark (-0,6% Punkte), Luxemburg (-0,7% Punkte) oder Portugal (-1,0%-Punkte).

Die Schlusslicht-Kampagne des Kandidaten ist dreist, denn der derzeitige Anstieg der Arbeitslosenzahl in Deutschland geht ganz wesentlich auf die unionsregierten Bundesländer Bayern (+19,9%), Baden-Württemberg (+13,7%), Hessen (+7,6%) und Hamburg (+13,3%) zurück.

Diese vier Bundesländer sind zu fast 50% für den saisonbereinigten Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Juli 2002 verantwortlich.

Der Kandidat behauptet:

„Wir sind beim wirtschaftlichem Wachstum mit Abstand Letzter“, Bild am Sonntag vom 7.7.2002.

Richtig ist:

Deutschlands Schlusslichtposition ist eine Erblast der Regierung Kohl. Seit Mitte der 80er Jahre belegt Deutschland einen der hinteren Plätze im Wachstumsvergleich. 1985 belegte Deutschland Platz 13, zehn Jahre später – trotz Wiedervereinigungsboom – Platz 14. 1996 rutschte Deutschland sogar auf Platz 15 ab, 1997 und 1998 lag Deutschland wieder auf dem 14. Rang. Wir holen den Rückstand der 90er Jahre auf. In den Jahren 1999 bis 2002 ist das Wachstum trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen mit voraussichtlich 1,58% höher als im Durchschnitt der 90er Jahre, in denen wir 1,47% erreichten.

Der Wachstumsabstand zwischen den USA – der weltweit führenden und konjunkturangegebenen Wirtschaftsation – und Deutschland konnte nicht nur verringert, sondern sogar umgekehrt werden. 1998 lag das Wachstum in Deutschland noch hinter dem der USA. Der Abstand betrug 2,32%. Im Jahr 2001 hatte Deutschland ein um 0,3%-Punkte höheres Wachstum als die USA.

Auch im ersten Quartal 2002 steht Deutschland nicht als Schlusslicht da. Mit 0,2% realem Wachstum liegt Deutschland gleichauf mit Großbritannien, der Schweiz, Italien und Dänemark. Teilweise deutlich geringere Wachstumsraten haben dagegen Finnland, Norwegen und die Niederlande.

Der Kandidat behauptet:

„Auch wenn der Bundeskanzler anderes behauptet: die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt geht zurück“,

Rede vor dem 2. Berliner Kongress der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ am 4.7.02, Manuskript S.4.

Richtig ist:

Die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Weltmärkten geht nicht – wie die Union behauptet – zurück, sondern nimmt vor allem in den letzten Jahren deutlich zu.

Deutschland ist nach den USA Vizeweltmeister im Export. Trotz rückläufiger Wachstumsraten des Welthandels hat Deutschland in den letzten beiden Jahren seinen Anteil steigern können.

Der Kandidat behauptet:

„Das ist keine moderne Politik, bei dem Standard zu bleiben, eine Staatsquote von 49 Komma X als richtig anzunehmen“, Bild am Sonntag vom 7.7.2002.

Richtig ist:

Die Staatsquote in Deutschland liegt heute bei 48,5%, sie lag 1998 bei 49,4%. Sie ist also in der Regierungszeit Gerhard Schröders reduziert worden.

Der Kandidat behauptet:

„Ich hatte zunächst angesprochen, dass die Großen, die Aktiengesellschaften und die GmbH, gegenwärtig keine Einkommensteuer bezahlen“, Bild am Sonntag vom 7.7.2002.

Richtig ist:

Die „Großen“ werden nie per Einkommensteuer besteuert. Sie zahlen Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer. Personengeschafter zahlen dagegen Einkommensteuer, und die haben wir gesenkt.

Der Kandidat behauptet:

„Unser Haushaltsziel ist die Rückführung der Neuverschuldung“, Regierungsprogramm 2002 – 2006 der Union.

Richtig ist:

In dieser Legislaturperiode haben CDU/CSU Anträge im Plenum gestellt, die rund 139 Milliarden Euro Mehrausgaben bzw. Neuschulden verursacht hätten. Summa summarum ergeben sich aus allen Forderungen, die CDU und CSU insgesamt stellen, Ausgaben oder Steuermindereinnahmen in Höhe von rund 222 Milliarden Euro.

Fortsetzung auf Seite 7

SPD

SPD wollte neuen Kindergarten – CDU lehnte ab

Kiga-Erweiterung in einem Altgebäude

Von Detlev Walter

Der Kindergarten „St. Augustinus“ an der Steider Straße wird durch einen Erweiterungsbau zur Zeit um eine neue Kindergartengruppe erweitert.

Aber ist dieses genug für heute und in der Zukunft? Die SPD Salzbergen verneint das eindeutig. Von der SPD-Fraktion wurde der Vorschlag eingebracht, das jetzige Gebäude zu verkaufen und einen ganz neuen Kindergarten zu bauen. Dieser Vorschlag wurde aber von der CDU Mehrheit abgelehnt.

Die jetzige Erweiterung um eine neue Gruppe ist nicht ausreichend, da es im nächsten Kindergartenjahr auch wieder eine Nachmittagsgruppe im Kindergarten „St. Cyriacus“ geben wird. Der Augustinuskindergarten befindet sich in einem Haus mit zweifelhafter Bausubstanz (Risse in den Wänden u.s.w.). Die SPD bezweifelt daher, ob der An- und Ausbau die richtige Lösung ist. Für einen neuen Kindergarten sprechen zudem weitere Gründe: Der Bevölkerungszuwachs im Emsland ist höher als in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Hieraus resultiert ein erhöhter Bedarf an Kindergartenplätzen.

Das Idealbild der CDU, daß die junge Mutter nur für ihre Kinder da sein sollen, wird es auch in

Salzbergen immer seltener geben. Die jungen Frauen möchten Kinder, Arbeit, Ehemann und Haushalt „unter einen Hut“ bekommen. Die hilfreiche Mutter oder Schwiegermutter, die auf die Kinder aufpaßt, wird es auch langsam nicht mehr geben, weil diese Frauen auch im Arbeitsprozeß stehen. Die moderne Gesellschaft braucht aber auch die gut ausgebildeten Frauen in der Arbeitswelt. Deshalb muß die Gesellschaft auch die entsprechenden Möglichkeiten schaffen.

Ein weiterer Aspekt für mehr Kindergartenplätze, die nicht nur vormittags, sondern den ganzen Tag geöffnet sind, ist der wachsende Anteil alleinerziehender Mütter und Väter. Heute scheitert schon jede dritte Ehe; und Salzbergen bildet da keine Ausnahme.

Die Geburtenrate in Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern Europas sehr gering.

Sie ist in Europa da am höchsten, wo eine Vollzeitunterbringung der Kinder gewährleistet ist und so Beruf und Familie sich miteinander vereinbaren lassen. Aufgrund all dieser Aspekte ist ein neuer Kindergarten mit Ganztagsbetreuung für die Zukunft in Salzbergen unerlässlich. Deshalb sollte man nicht kleckern, sondern klotzen - für das Wohl unserer Familien.

Stoibers Wahrheiten (Fortsetzung von Seite 6)

Der Kandidat behauptet:

„In Wirklichkeit wird wieder einmal an der Statistik manipuliert“, Rede vor dem 2. Berliner Kongreß der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ am 4.7.02, Manuskript S.13.

Richtig ist:

Die Statistik weist klar nach, dass im Herbst 1998 rd. 1 Mio. Menschen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beschäftigt waren.

Allein in Ostdeutschland hat Kohl rund 335.000 ABM-Stellen kurzzeitig eingerichtet. Würde heute so verfahren, läge die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland bei ca. 3,5 Mio.

Der Kandidat behauptet:

„Schon heute hat Deutschland den größten Ausländeranteil innerhalb der EU! Wir integrieren jedes Jahr rund eine halbe Million Menschen aus anderen Ländern und Kulturen – eine Stadt in der Größe von Dortmund oder Nürnberg!“ Rede auf dem Parteitag der CSU am 13.10.01 in Nürnberg, Redemanuskript S.21.

Richtig ist:

Der Saldo der Nettozuwanderung lag im Jahr 2000 bei 86.466, im Jahr 1999 bei 118.235. 1997 und 1998 sind mit -21.768 bzw. -33.455 mehr Menschen aus Deutschland aus- als zugewandert, der Wanderungssaldo war also negativ.

Der Kandidat behauptet:

„Sogar die Stiftung Warentest warnt vor dieser Riester-Rente“, Bildzeitung vom 18.7.2002.

Richtig ist:

Die Stiftung Warentest wirbt mit dem Hinweis: „riestern lohnt sich“ für die Riester-Rente. Die Zeitschrift „Finanztest“ der Stiftung Warentest stellt fest: „Wir haben ganz klar gesagt: Die Riester-Rente lohnt sich für jeden, der die staatlichen Zulagen bekommt“, Financial Times Deutschland, 24.7.02.

Der Kandidat behauptet:

„Aber wir als Parteien der bürgerlichen Mitte messen der Familie traditionell eine überragende Bedeutung bei“, Rede zum Aschermittwoch, 13.2.02 in Passau, Manuskript S.42.

Richtig ist:

Jahrelang haben CDU und CSU es zugelassen, dass die Familien in verfassungswidriger Höhe besteuert wurden. Das hat das Bundesverfassungsgericht im November 1998 festgestellt. Wir entlasten Familien durch die Steuerreform, die dreimalige Erhöhung des Kindergeldes, die Neuregelung der Freibeträge, die Erhöhung von BAföG und Wohngeld. Im Jahr 2002 geben wir insgesamt für Leistungen und Steuererleichterungen für Familien 53 Mrd. € aus, das sind rd. 13 Mrd. € mehr als unter Kohl (CDU)

Der Pressespiegel

Müllverbrennung in der Kritik

Dass der Entsorgungswirtschaft und insbesondere den Betreibern von Müllverbrennungsanlagen mit Argwohn zu begegnen ist, beweisen auch der nachfolgende Kommentar von Uwe Westdörp und der Artikel vom 6. 9. 2002 in der CDU-nahen „Neuen Osnabrücker Zeitung“, deren Kreisausgabe „Lingener Tagpost“ in unserem Raum erscheint. (wf).

„Illegal beseitigt“

Justiz nimmt Abfallfirmen ins Visier

Darmstadt, 6.9. (dpa/AP)

Wegen des Verdachts illegaler Sondermüll-Entsorgung sind bundesweit 300 Firmen ins Visier der Justiz geraten.

Die Betriebe sollen von Anfang 1998 bis Mitte 1999 insgesamt 30 000 von 90 000 Tonnen Industrieabfälle unerlaubt in eine Verbrennungsanlage des Entsorgungs-Konzerns Rethmann in Lünen gebracht haben, wie ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Darmstadt am Freitag mitteilte.

Da der Gehalt an gefährlichen Chemikalien über den Grenzwerten gelegen habe, hätte der Müll eigentlich in die teurere Industriemüllverwertung gebracht werden müssen. (Siehe Kommentar)

Giftschleudern

Von A wie Asbest bis Z wie Zahnpastatuben: Die Wohlstandsgesellschaft produziert riesige Berge von Abfällen, die mehr oder weniger sinnvoll „entsorgt“ werden, sei es durch Recycling, durch Verbrennung oder durch Lagerung in Deponien. Das alles kostet viel Geld, und da gerät nicht nur in konjunkturell schwachen Zeiten so mancher Manager in Versuchung, den Profit seiner Firma durch illegale Beseitigung von Müll zu maximieren. Der Schritt zum Umweltkriminellen ist schnell getan, so legen es auch die neuen Ermittlungen in Darmstadt nahe.

Zum Teil hat es die Justiz sogar mit regelrecht mafiösen Strukturen zu tun, etwa wenn Müllschieber 2000 Tonnen Herbizide und Insektizide aus Sachsen und Sachsen-Anhalt in Rumänien in offenen Lageräumen abkippen lassen. Die Erfahrung lehrt es – die ille-

gale Abfallentsorgung kennt viele Spielarten, und sie ist grenzenlos.

Eines aber haben alle Fälle gemeinsam: Sie sind gemeingefährlich, weil mit der Gesundheit von Menschen gespielt wird, die beispielsweise in der Nähe von Verbrennungsanlagen leben. Wird an diesen Öfen schlampig oder kriminell gearbeitet, werden sie zu unkalkulierbaren Giftschleudern.

Die Kehrseite der Wohlstandsgesellschaft bleibt indessen auch ein Problem für die Umweltpolitik: Denn die beste Vorbeugung gegen illegale Beseitigung ist immer noch das Vermeiden von Müll oder wenigstens seine Verwertung. Auch wird erneut die Frage zu stellen sein, ob wirklich alle Bereiche der Abfallwirtschaft privatisiert werden sollten oder ob nicht doch in besonders sensiblen Bereichen staatliche Entsorger die bessere Lösung sind.

Impressum:

Die „Bürgerinformation“ wird herausgegeben von Ortsverein und Ratsfraktion der SPD Salzbergen. V.i.S.d.PG ist Karl-Heinz Winnemöller. Die Redaktionsleitung hat Willi Jansen.

Die Zeitung erscheint in einer Auflage von 3.000 Stück und wird per Deutsche Post AG an alle Salzbergener Haushalte kostenfrei geliefert.

Druck: Druckerei Helming, Waldstr. 40 in 48488 Emsbüren

Wer arbeitet wo?

Gemeinderatsausschüsse

Verwaltungsausschuss:

Willi Jansen (Christine Flege)

Karl-Heinz Winnemöller (Dieter Mahl)

Günther Zahlten (Winfried Furch)

Ausschuss für Umwelt, Verkehr,

Bau- und Planung:

Christine Flege (Klaus Götde)

Martin Scholz (Dieter Mahl)

Winfried Furch (Günther Zahlten)

Ausschuss für Sport, Jugend,

Soziales und Kultur:

Vorsitzender Dieter Mahl (Christine Flege)

Winfried Furch (Martin Scholz)

Klaus Götde (Günther Zahlten)

Schulausschuss:

Christine Flege (K.-H. Winnemöller)

Klaus Götde (Willi Jansen)

Martin Scholz (Dieter Mahl)

Finanz- und Grundstücksausschuss:

Dieter Mahl (K.-H. Winnemöller)

Klaus Götde (Martin Scholz)

Winfried Furch (Willi Jansen)

Kuratorium Gemeindezentrum:

Karl-Heinz Winnemöller (Willi Jansen)

Verbandsversammlung des

Trink- u- Abwasserverbandes:

Günther Zahlten (Willi Jansen)

Kindergartenausschuss

der Katholischen Kirchengemeinde:

Dieter Mahl (Martin Scholz)

Anmerkung: In Klammern jeweilige/r Vertreter/in



e-mail: buergerinfo@spd-salzbergen.de